



„Europäische Beschäftigungsstrategie: Wie kann die Europa 2020-Strategie in der baltischen Region umgesetzt werden?“ Mit dieser Frage beschäftigte sich ein Seminar, das am 27. und 28. Oktober 2011 im lettischen Jūrmala von EZA und der LKrA (Latvijas Kristīga Akadēmija) mit der Unterstützung von EZA und der Europäischen Union ausgerichtet wurde.

Im Vordergrund des Seminars stand eine ebenso kritische wie realitätsnahe Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Strategie Europa 2020 unter dem Gesichtspunkt einer Entwicklung der Arbeitnehmerschaft in einer Gesellschaft ohne soziale Ausgrenzung sowie unter Berücksichtigung der Frage: welche praktischen Schritte können unternommen werden, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen? Das Seminar identifizierte eine Reihe von inneren und äußeren Bedrohungen, denen die demokratische Entwicklung ausgesetzt ist, unterzog einschlägige Gegenmaßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik und soziale Integration einer eingehenden Analyse und untersuchte, mit welchen Schritten unterschiedliche europäische Länder auf die einschlägigen Herausforderungen reagieren. Die Kernthemen Migration und Arbeitslosigkeit wurden in enger Anbindung an eine Betrachtung des Phänomens der Armut und insbesondere der „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ (der „Working Poor“) analysiert.

Das zweite Hauptthema des Seminars war die Rückkehr zu den Wurzeln der christlichen Soziallehre und die Untersuchung der zeitgenössischen gesellschaftlichen Probleme Europas bzw. speziell der baltischen Staaten unter Berücksichtigung des Beitrags, den der Soziale Dialog zur Minderung von Arbeitslosigkeit und Armut leisten kann. Konkret wurde die Frage gestellt, was in den baltischen Staaten zu einer Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze unternommen werden kann.

Drittens schließlich wurde die besondere Bedeutung der christlichen Lehre vom Menschen und der fundamentalen Grundwerte betont, auf denen die „holistische Strategie des Sozialen Dialogs“ beruhen müsse.

Das Seminar genießt aus den folgenden Gründen besondere aktuelle Relevanz:

1. Nachdem die volkswirtschaftlichen Modelle aller baltischen Staaten auf eine Überwindung der Wirtschaftskrise ausgerichtet worden sind, ist durch eine bindende Verpflichtung auf bestimmte landesspezifische Zielsetzungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 ein nachhaltiges und sozial inklusives Wirtschaftswachstum anzustreben.
2. Nationale Reform-, Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sind zu entwickeln.
3. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ebenso zu fördern wie die Nachfrage nach Arbeit. Zur Überwindung der Krise und für ein nachhaltiges Wachstum unserer Volkswirtschaften benötigen wir neue Arbeitsplätze. Daher sind die Ergebnisse der Lissabon-Strategie einer kritischen Analyse zu unterziehen.

4. Die jungen Arbeitnehmer (im Alter von bis zu 24 Jahren) sind – durch die Korrektur einschlägiger Fehler und Fehlentwicklungen in den baltischen Staaten – vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Beschäftigungsmarkt zu schützen.
5. Vor dem Hintergrund der Krise müssen die Gewerkschaften Einigkeit und Geschlossenheit demonstrieren.

An dem Seminar nahmen 44 – überwiegend aus dem baltischen Raum (Lettland, Estland und Litauen) stammende – Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen teil.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf die folgenden Themen:

- Strategie Europa 2020: die Rolle der Sozialpartner
- Entwicklung des Arbeitsmarktes und Förderung einer Schaffung qualitativ höherwertiger und anspruchsvollerer Arbeitsplätze in den baltischen Staaten: auch durch eine qualitative Verbesserung des Angebots von Arbeitskräften, d.h. durch gegenseitige Integration von akademischer und beruflicher Ausbildung sowie beruflicher Praxis und den Aufbau von „Bündnissen des Wissens“ („Knowledge Alliances“) bzw. verstärkte Investitionen in Bildung und Ausbildung.
- Das Konzept der assoziativen Demokratie in der neuen Gesellschaft und die Entwicklung sozial verantwortlichen Unternehmertums.
- Die Herausforderungen der Beschäftigungspolitik, insbesondere die Aufgabe einer Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.
- Kritische Bewertung der lettischen Regierungsberichte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Zivilgesellschaft an die EU.

Referate wurden u.a. über die folgenden Themen gehalten:

- „Die Rolle der Migration und des Sozialen Dialogs aus Sicht Lettlands und der EU“ (Ivars Indāns, gewerkschaftlicher Mitarbeiter)
- „Die Entwicklung des Arbeitsmarktes: die wichtigste Voraussetzung für das Überleben des Wohlfahrtsstaates“ (Jevgēnija Stalidzāne, Vorsitzende der Gewerkschaft für die Energiewirtschaft)
- „Bessere Arbeitsplätze durch Förderungsmaßnahmen der Sozialpartner – Einstellungen und aktive Maßnahmen von Arbeitnehmerorganisationen im Bildungsbereich zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit “ (Ingrīda Mikiško, Vorsitzende der lettischen Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft)
- „Strategie Europa 2020: Ein europäischer Überblick“ (Norbert Klein, EZA)
- „Die aktuelle Situation auf dem lettischen Arbeitsmarkt und die Herausforderungen der Zukunft“ (Pēteris Krīgers, Vorsitzender des lettischen freien Gewerkschaftsbundes)
- „Die neue Wirtschaft und die Entwicklung sozial verantwortlichen Unternehmertums in Estland“ (Aimar Altosaar, ETÖK)
- „Probleme der Demokratisierung in den baltischen Gesellschaften und die Herausforderungen der assoziativen Demokratie“ (Dace Dolace, Gewerkschaft für den Kulturbereich)

Das Seminar bereicherte die aktuelle Diskussion in dreierlei Hinsicht:

1. Durch das hohe Niveau der gesellschaftlichen Analysen.
2. Durch seinen Beitrag zu der Diskussion um die Strategie Europa 2020.

3. Durch die Aufstellung debattierfähiger Thesen – im Anschluss an gründliche und sachlich fundierte Diskussionen – und Handlungsempfehlungen zur Anregung weiterer Untersuchungen und praktischer Maßnahmen mit dem Ziel, die baltischen Sozialpartner zur Stärkung des sozialverantwortlicheren Unternehmertums zu veranlassen.

Ergebnisse des Seminars

- Es sind praktische Schritte zur Entwicklung des „sozialen Geschäftsmodells“ zu unternehmen, um der Geschäftswelt, der Zivilgesellschaft und den Bürgern ein Instrument zur Bekämpfung schwerer gesellschaftlicher Probleme wie Armut, Hunger und Obdachlosigkeit an die Hand zu geben.
- Kursprogramme in den gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen der baltischen Staaten und insbesondere Lettlands haben „Bottom-up“-Wachstumsstrategien zu fördern und die Bürger zu ermuntern, bei der Verfolgung ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Ziele mit neuen Strukturen und Organisationsformen zu experimentieren.
- Die LChrA wird demnächst einen Kurs über „Soziales Unternehmertum“ für Gewerkschaftsmitglieder anbieten.
- Im Anschluss an das Seminar wurde ein Schreiben an das neu gewählte lettische Parlament aufgesetzt, das sich mit dem Thema „Arbeitslosigkeit und der Verlust menschlichen Kapitals: Kritik und Analyse“ auseinandersetzte. Das Schreiben wurde von allen anwesenden Gewerkschaftsangehörigen und dem Generalsekretär der LBAS unterzeichnet.
- Ferner wurde zum Thema „Koordination zwischen beruflicher Ausbildung und einer Politik zur Schaffung zukunftsfähiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze“ ein Schreiben an Roberts Kīlis aufgesetzt, Lettlands neuen Minister für Erziehung und Wissenschaft. In dem Schreiben wurde die Politik der Regierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit analysiert und kritisiert.
- Wie wird sich das Seminar auf den Alltag der Teilnehmer und der durch sie repräsentierten Organisationen auswirken?
 1. Die Erkenntnisse des Seminars können im Rahmen der täglichen Arbeit verwendet und an andere Personen vermittelt werden.
 2. Mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft einigten sich auf die Gründung einer wertorientierten Plattform, die Gewerkschaftsangehörigen eine Gelegenheit zum Austausch von Meinungen und Erfahrungen bieten soll. Im Rahmen der Plattform sollen u.a. auch die aktuelle Beschäftigungskrise und die einschlägigen Regierungsberichte bzw. die Forderungen nach einer Beschäftigungsstrategie in Lettland diskutiert werden. Hierbei soll auch, wie es hieß, der Forderung nach einer Beendigung der „moralischen Doppelbödigkeit“ der betreffenden Regierungsberichte Nachdruck verliehen werden.
 3. Der Geist der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen, auf dem Seminar vertretenen Arbeitnehmerorganisationen wird die Umsetzung der Seminarergebnisse im Arbeitsalltag erleichtern.
 4. Das gemeinsame Engagement für die christliche Lehre vom Menschen und die sich aus diesem ergebende gemeinsame gesellschaftliche Perspektive schufen Einheit und ein Gefühl gemeinsamer Verantwortung unter allen Teilnehmern des Seminars.
 5. Informationen über das EZA-Seminar wurden vom staatlichen Rundfunk in seiner Frühsendung am 27. Oktober (8.00 Uhr) verbreitet.